

1 Hausärzte: Der Staat muss ein generelles Rauchverbot durchsetzen

2 Österreicher mit dem Tabakgesetz zufrieden

■ Stöger plant höhere Strafen für Rauchsünder.
■ Seit 1. Jänner 4253 Anzeigen.

Wien. Keine Änderungen des Tabakgesetzes plant Gesundheitsminister Alois Stöger. Bei Verstößen gegen den Nichtraucherschutz soll es künftig aber höhere Strafen geben. Die Österreicher sind mit dem Gesetz nämlich zufrieden, wie eine Evaluierung durch Ifes ergeben hat. Nicht zufrieden sind die Ärzte. „Die Zaghafte mit der das österreichische Tabakgesetz den Nichtraucherschutz durchsetzt, ist ein Fehler“, sagte Christian Euler, Präsident des Hausärztesverbandes zur „Wiener Zeitung“. Als Gesundheitsminister müsste man da klarere Worte finden, mahnte er ein. „Der Staat muss ein generelles Rauchverbot durchsetzen.“

Allerdings sind nur 19 Prozent der Österreicher für ein totales Rauchverbot in Lokalen. Die Mehrheit (59 Prozent) ist dafür, dass der bisherige Weg fortgesetzt wird, 70 Prozent der Österreicher plädierten für räum-



Nur eine Minderheit von 19 Prozent will ein absolutes Rauchverbot in Lokalen. Foto: dpa

lich getrennte Raucherbereiche. Unter den Wirten mehren sich die Stimmen für ein totales Rauchverbot: 32 Prozent wären dafür.

„Die österreichische Bevölkerung befürwortet das Tabakgesetz mehrheitlich, unter einer ganz zentralen Voraussetzung: Sie will, dass das Gesetz eingehalten wird“, so Stöger. In Lokalen mit mehr als 50 Quadratmetern muss die Trennung in Raucher- und Nichtraucherbereich bis 30. Juni umgesetzt sein, kleinere Lokale müssen sich nicht entscheiden. „Ich will, dass das Ta-

bakgesetz tatsächlich umgesetzt wird“, so Stögers Botschaft an die Wirte. „Ab 1. Juli darf es kein Herumläufieren mehr geben. Wer sich nicht an die Spielregeln hält, wird bestraft.“

Für die Wirte können Verstöße teuer werden

Handlungsbedarf sieht der Minister aber bei den Kontrollen, die in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt werden. „Die Qualität der Umsetzung ist nicht so, wie ich mir das als Gesundheitsminister erwarte.“ Aus diesem Grund will

er Verstöße künftig stärker sanktionieren. Die Geldbußen sollen die Wirte jedenfalls je nach wirtschaftlicher Ertragslage empfindlicher treffen. „Angedacht wird eine individuelle Straf bemessung.“ Und es wird im Wiederholungsfall schwierig für den Wirt und sehr, sehr teuer“, ergänzte Stöger. Die Verantwortung, wie kontrolliert wird, bleibt weiter den Bezirksverwaltungsbehörden vorbehalten.

Kryptisch drückte sich der Minister bezüglich eines möglichen Außerkräftsetzens der österreichischen Regelung durch die EU aus: Angesichts der Wünsche der Bevölkerung könne er aus österreichischer Sicht ein Beibehalten des Gesetzes zumindest für diese Legislaturperiode garantieren, erklärte er. „Ich kann nicht ausschließen, dass die Arbeitnehmerschutz-Bedingungen steigen werden, auch auf Druck der EU.“ Trotzdem gehe er davon aus, dass die Thematik grundsätzlich eine nationale Angelegenheit bleiben werde. ■

Österreicher stehen hinter Nichtrauchergesetz

Umfrage – 6952 Befragte, Jänner 2010, Angaben in %

Einstellung zum Rauchen und Rauchverbot in Lokalen...

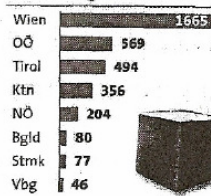
in der Bevölkerung



bei Gastronomen



Anzeigen gegen Inhaber von Gastro-Betrieben



Sbg – keine Angaben

WIENER ZEITUNG

Quelle: APA/IFES